

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 8

Artikel: Die KPdSU und die westlichen KPs
Autor: Vanda, F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095528>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die KPdSU und die westlichen KPs

Können sich die kommunistischen Parteien des Westens, und namentlich Westeuropas, von der Sowjetunion trennen? Man hat diese Frage letztes Jahr ein bisschen zu früh bejaht. Inzwischen hat die Zeit ihre Korrekturen angebracht, und man muss auf die Frage zurückkommen.

Auf ihrem Kongress in diesem Frühjahr unterwarf die Kommunistische Partei Italiens (KPI) die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) wegen der Besetzung der Tschechoslowakei einer ausgesprochenen Kritik. Die westliche Presse beschäftigte sich eingehend mit dieser Tatsache, zeigte sich aber gleichzeitig häufig darüber erstaunt, dass die KPI bei aller Kritik offenbar in keinem Moment in Erwägung zog, einen radikalen Schritt zu tun und sich von der KPdSU (und ihrer staatlichen Entsprechung, der UdSSR) zu trennen. War das wirklich so erstaunlich?

Die Frage stellt sich grundsätzlich, ob die Annahme überhaupt realistisch begründet war, dass sich die westlichen kommunistischen Parteien wegen einer Differenz mit der KPdSU von ihr trennen können.

Mit der sozialistischen russischen Revolution von 1917 gelangte ein gesellschaftliches System zum Sieg, welches auf der theoretischen Lehre von Marx und Engels basierte, wonach durch die Sozialisierung der Produktionsmittel die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und so ein höheres Niveau des menschlichen Zusammenlebens geschaffen werden könne.

Absage an die KPdSU heisst Absage an die eigene Geschichte und Gegenwart

Nun bekennen sich sämtliche jetzigen kommunistischen Parteien im Westen ebenfalls zu diesem Prinzip: Abschaffung der Ausbeutung und Erhöhung des Lebensstandards der werktätigen Massen durch die Sozialisierung der Produktionsmittel.

Wenn nun die kommunistischen Parteien über ihre allfällige Kritik an der Tätigkeit der KPdSU hinausgehen und sich von ihr abwenden würden, käme das dem Eingeständnis gleich, dass es in der Sowjetunion auch nach gut 50 Jahren nicht gelungen ist, den marxistischen Sozialismus zu verwirklichen. Und diese Aussage käme in die gefährliche Nähe des Zweifels, ob sich die sozialistische Idee von Marx und Engels überhaupt in die gesellschaftliche und staatliche Realität umsetzen lasse. Somit wären die betreffenden kommunistischen Parteien nicht weit davon entfernt, ihr eigenes Programm zu desavouieren.

Und eben aus diesem Grunde können zwar die kommunistischen Parteien die Sowjetunion und ihre Partei kritisieren, sie aber nicht im Prinzip ablehnen und sich von ihr trennen.

Gerade diese Argumentation ist übrigens von der KPdSU schon in der Vergangenheit immer wieder geltend gemacht worden, wenn unzufriedene kommunistische Führer und Parteien die diktatorische Führung Moskaus kritisierten, und meistens mit Erfolg. Und natürlich konnte sie besonders wirksam jenen regierenden Parteien gegenüber vertreten werden, die sich in ihrem eigenen Lande nur mit Hilfe der sowjetischen Bajonette halten konnten und können. Auch nach der Besetzung der CSSR war es genau diese Argumentation, die von den Kollaborateuren ins Feld geführt wurde.

Nun trifft es zu, dass neben dem sowjetisch geführten kommunistischen Lager eine weitere kommunistische Gruppe existiert, die ebenfalls auf dem Marxismus basiert. Sie wird von der KP Chinas angeführt. Das würde an sich den einzelnen kommunistischen Parteien die Möglichkeit

geben, sich von der Sowjetunion loszusagen, ohne damit den Marxismus als realisierbare Theorie zu desavouieren. Nur sind dieser Möglichkeit praktisch recht enge Grenzen gesetzt, wenn es beispielsweise um Europa geht. Den von China applizierten Marxismus können die westlichen KPs, welche unter entwickelten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen tätig sind, nicht ernstlich als marxistische Alternative mit hiesigem Gebrauchswert akzeptieren. Für diese Parteien bleibt also die Sowjetunion als Beispiel des verwirklichten Sozialismus unersetzlich.

Der eigene jugoslawische Weg ist keine Heerstrasse für die westlichen KPs

Widerspricht aber nicht der Fall Jugoslawiens dieser Ansicht? Scheinbar ja, aber eben nur scheinbar.

Wohl haben sich Jugoslawien und seine Kommunistische Partei während der Herrschaft Stalins von der Sowjetunion losgesagt, aber — und das ist wichtig — dies geschah nicht aus eigenem Willen. Die Jugoslawen wurden auf Stalins Wunsch aus der von der KPdSU geführten kommunistischen Gemeinschaft ausgeschlossen, und sie nahmen den Kontakt mit der Gemeinschaft wieder auf, sobald das möglich war. Es handelte sich damals jedenfalls nicht um eine freiwillige Trennung, sondern um einen zwangsmässigen Ausschluss. Zu vermerken ist noch, dass sich Jugoslawien grundsätzlich auch innenpolitisch nicht von den diktatorischen «sowjetischen» Methoden trennte (denken wir nur an den Fall von Djilas, der wegen abweichender Ansichten Jahre im Gefängnis verbringen musste), wenn man sie auch mässiger anwandte als in den übrigen regierenden moskautreuen Parteien. Hinzuzufügen ist freilich, dass die Zeit nicht stehengeblieben ist, und mittlerweile haben wir in Jugoslawien den Versuch zu einem modifizierten Modell des Sozialismus. Er ist aber von der jugoslawischen Führung selbst in keiner Weise als Alternative für eine potentielle Gefolgschaft deklariert worden. Und bezeichnenderweise hat auch keine westliche KP diese jugoslawische Ausprägung als Vorbild oder Alternative zum sowjetischen Modell verstanden. (Der Fall der CSSR 1968 ist

Die KP Frankreichs und der Gehorsam

Nicht nur die Satellitenländer hält Moskau stark in der Hand, sondern auch die westlichen «Bruderparteien», wenn auch einige von diesen sich ab und zu etwas unabhängig zu gebärden versuchen. Der soeben abgeschlossene 9. Kongress des Bundes der jugoslawischen Kommunisten ist in diesem Zusammenhang und in bezug auf die Höflichkeit der KP Frankreichs zu Moskau sehr zwischenfalls- und aufschlussreich gewesen.

Anlässlich einer der Zusammenkünfte über die kommende dritte Weltkonferenz der kommunistischen Parteien hatte ein prominenter französischer Kommunist, Georges Marchais, vorgeschlagen, die jugoslawische KP solle zu diesem Treffen eingeladen werden. Handelte er da als Beauftragter Moskaus? Oder war dies der Ausdruck einer spontanen Regung, wobei er die Moskauer Wünsche zum voraus erraten zu können glaubte? Oder dachte er, das Recht zu haben, eine eigene Meinung zu äussern, in einer Zeit, da man be-

hauptet, dies sei innerhalb der kommunistischen internationalen Bewegung ohne weiteres möglich?

Jedenfalls liess er kurze Zeit später dem Bund jugoslawischer Kommunisten eine Notiz zukommen, in der er mitteilte, dass er die jugoslawische Einladung zur Teilnahme am 9. Kongress annehme, wo die KP Frankreichs sich durch eine Delegation mit zwei Mitgliedern des Politbüros vertreten lassen werde. Am Kongress in Belgrad trat dann allerdings nur ein Mitglied des ZK der KPF auf: Jacques Denis; zudem war er nicht als Delegierter zugegen, sondern als Beobachter.

Was hatte sich ereignet? Anscheinend hatten die Sowjets um den 4. März wegen den in Aussicht gestellten Diskussionstexten der Jugoslawen Angst bekommen. Die «revisionistischen» Tendenzen bargen entschieden zu viele Gefahren. Kurzerhand erteilten sie allen «Bruder-

parteien» den «Rat», den Kongress zu boykottieren, allerdings so spät, dass die Bulgaren die Vertretung einer eigenen Delegation bereits angemeldet hatten und dass ein Journalist aus der Mongolei bereits in Belgrad angekommen war. Die Tschechoslowaken hatten ihrerseits auch schon ihre Delegation zusammengestellt. Sie sollte von Stefan Sadovsky, Präsident der slowakischen Regierung, geleitet werden. Am 11. März, am Tage der Eröffnung des Kongresses, bekam Dubcek einen telephonischen Anruf von Breschnew: die tschechoslowakische Delegation musste zu Hause bleiben.

Dass Dubcek hier zu gehorchen hatte, versteht sich von selbst: schliesslich sind etwa hundertfünfzigtausend bewaffnete «Freunde» bei ihm zu Gast. Aber soweit ist es nicht in Frankreich, und die persönliche Freiheit des Waldeck-Rochet wäre — soweit ersichtlich — unangetastet, unter dem Schutz des französischen Gesetzes und der französischen Armee. Aber wie Dubcek so haben auch Waldeck-Rochet, der Sekretär der KPF, Georges Marchais und andere schön brav gehorcht. J. L.

«Der sozialistische Humanismus ist ein Charakterzug der revolutionären Ideologie und Praxis des Proletariates. Der sozialistische Humanismus hat aktiven Charakter und ist mit dem Klassenkampf verbunden. Der sozialistische Humanismus bedeutet eine glühende Liebe zu den Werktätigen und den Hass gegenüber den Unterdrückten. Der Humanismus des Proletariates verlangt den unauslöschbaren Hass gegen das Kleinbürgertum, gegenüber der Macht der Kapitalisten und seiner Lakaien, den Parasiten, Faschisten und den Verrätern der Arbeiterklasse...» (Grosse Sowjetzyklopädie, Band 13, S. 197.)
 Der sozialistische Humanismus bildet die Grundlage der sozialistischen Moral und beide sind den Interessen des Sozialismus-Kommunismus immer und überall untergeordnet. (Vgl. I. W. Lenin o kommunističeskij nrawstvennosti. W. I. Lenin über die kommunistische Moral. Moskau 1965. Rezension in «Kommunist», Nr. 3/1965, S. 115—119.)

schon wegen der sowjetischen Intervention nicht zur Schlüssigkeit gediehen.)

Die Absage an Moskau kommt für die westlichen kommunistischen Parteien nicht ernstlich in Betracht. Nun eine andere, schon viel bescheidere Frage: Wie weit kann die Kritik der kommunistischen Parteien an die Sowjetunion und die KPdSU gehen? Und hier wird man gewahr, dass schon der blossen Kritik ziemlich enge Grenzen gesetzt sind.

Schon die blosse Kritik hat ihre Grenzen

Zwar hätten die kommunistischen Parteien Gründe genug zur Kritik. Zum Beispiel: Infolge der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion ist dort der Lebensstandard nach 50jähriger sozialistischer Herrschaft bedeutend niedriger als in den verpönten kapitalistischen Ländern, und dieser Umstand erschwert die Tätigkeit der westlichen kommunistischen Parteien. Oder: Die politischen Freiheiten der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Staaten übertreffen bei weitem die politischen Möglichkeiten, denen die Arbeiterschaft in den sogenannten sozialistischen Ländern teilhaftig wird. Was etwa die freie Gewerkschaftstätigkeit und das geheime Wahlrecht anbelangt, sind diese Institutionen in den sozialistischen Ländern nicht vorhanden. Doch auch in diesen wichtigen Fragen schränken die kommunistischen Parteien des Westens ihre Kritik ein, damit sie nicht in Widerspruch zu ihrer eigenen Propaganda geraten, in der die sowjetischen «sozialistischen» Zustände gesamthaft als erstrebenswert erscheinen müssen, denn sonst müsste sich die Gefolgschaft ja fragen, was man sich denn nach der Liquidierung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung wohl Besseres einhandeln würde. Die Versuchung zur Rosamalerei der sowjetischen Wirklichkeit ist um so grösser, als ihr nicht die gleichen Grenzen der eigenen Anschauung gesetzt sind wie etwa der konsequenten Schwarzmalerei der kapitalistischen Gesellschaft.

Allerdings konnten und können die kommunistischen Parteien in bestimmten schwerwiegenden politischen Fragen nicht jeder Kritik an die Sowjetunion ausweichen. Diese Dinge betreffen et-

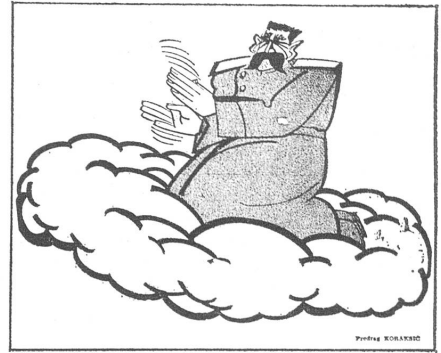
wa die vielen Verbrechen während des sogenannten Personenkults oder die Besetzung der Tschechoslowakei. Das Ausmass solcher Kritik ergibt sich aus der Interessenlage der jeweiligen Partei. Wo die Massen dank der allgemeinen Information solche Erscheinungen verurteilen, müssen die KP-Leitung das berücksichtigen, um nicht an Einfluss zu verlieren. Besonders eklatant sind diese Interessen bei der Kommunistischen Partei Italiens. Diese kann sich ihre echte Chance, als regierungsfähig anerkannt zu werden, nicht dadurch vergeben, dass sie beispielsweise die UdSSR in ihrer äusserst unpopulären Aktion gegen die Tschechoslowakei unterstützte. Also ist diese bestimmte Aktion der Sowjetunion von der KPI getadelt worden.

Testfall CSSR

Indessen haben die italienischen Kommunisten bezeichnenderweise darauf verzichtet, mit dieser Kritik auf den sowjetischen Partner einzuwirken, wie sie es eigentlich hätten tun müssen, wenn es ihnen um die Sache und nicht nur um die italienische Innenpolitik gegangen wäre. Denn sowohl die KPI als auch alle andern westeuropäischen kommunistischen Parteien haben sich einverstanden erklärt, auf der internationalen Moskauer Konferenz die Frage der CSSR auszuklammern.

Die auf Grund des kritisierten sowjetischen Gewaltaktes entstandene Sachlage wird also von jenen Parteien akzeptiert, welche die Revolutionierung der Wirklichkeit auf ihre Fahnen schreiben. Ueber das Eingeständnis hinaus, dass die sowjetischen Genossen der Kritik unzugänglich sind, kommt noch die Folgerung, dass man in diesem Falle eben nicht insistieren und zur Tagesordnung übergehen solle. So verhält sich das mit dem angeblich gleichberechtigten Internationalismus und Polyzentrismus, wenn es um die sowjetischen Interessen geht.

Beim teilweise neuen Stil der kommunistischen Parteien im Westen ist schliesslich noch etwas weiteres zu berücksichtigen. Nämlich die Tatsache, dass es ihnen nicht mehr genügen kann, die Sympathie der Arbeiterschaft zu gewinnen, da in der jetzigen Zeit infolge der wissenschaft-



Applaus. («Rad», Zagreb)

lich-technischen Revolution nicht so sehr das klassische Proletariat anwächst als vielmehr das Potential aller übrigen Schichten, insbesondere die Zahl der Intellektuellen. Entgegen der Prophezeiung von Marx ist die Grundlage der Revolution nicht mehr die quantitative Vergrösserung und die absolute Verarmung der Arbeiterklasse.

Die Abkehr vom Proletariat

Wegen dieser Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen müssen sich die kommunistischen Parteien in verstärkter Masse an die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt statt nur an die Massen der Arbeiterschaft wenden. Das wirkt sich in mancher Hinsicht aus und war in der jüngsten politischen Konstellation mit ein Grund, weshalb die kommunistischen Parteien die Sowjetunion und die KPdSU in jenen Fragen kritisierten, in welchen die allgemeine öffentliche Meinung gegen die Sowjetunion gerichtet war.

Die nüchterne Beurteilung der Frage, ob sich die kommunistischen Parteien des Westens von der Sowjetunion lossagen können, oder auch nur der Frage, wie weit sie mit ihrer Kritik an der UdSSR und der KPdSU gehen können, ist von Wichtigkeit, wenn man nicht von illusorischen Voraussetzungen ausgehen will, die der realistischen Grundlage entbehren.

F. Vanda

In Kürze

Der im geheimen geweihte ukrainisch-katholische Bischof Welyczkowski ist vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen worden, als er in ein Privathaus zu einem Kranken ging. Der Bischof gehörte zu jenen fast tausend ukrainisch-katholischen Priestern, die nach dem Zweiten Weltkrieg verhaftet und deportiert worden waren. Später wurde er freigelassen und heimlich zum Bischof geweiht. Die ukrainisch-katholische Kirche hat nominell zu bestehen aufgehört, nachdem ihre fünf Millionen Gläubigen nach dem Zweiten Weltkrieg von den sowjetischen Behörden zwangsweise in die orthodoxe Kirche eingegliedert worden sind. Die seelsorgerische Tätigkeit kann nur noch illegal erfolgen.

*

Unbeschreibliche Zustände herrschen in den ungarischen Arbeiterheimen, wie einem Bericht

der parteiamtlichen Budapester Zeitung «Nepszabadsag» zu entnehmen ist. Ein Besuch von Funktionären der Volkskontrolle in 13 verschiedenen Heimen ergab «haarsträubende hygienische Verhältnisse». Ein Verwalter konnte nicht einmal die Anzahl Räume in seinem Heim angeben. Unter den Betten fand man schmutzige Wäsche, Kleider usw., in den Zimmerecken Gemüse-resten und leere Konservendbüchsen. Quer durch die Zimmer waren Seile gespannt, auf denen die Wäsche trocknete. In der Toilette war es vor Schmutz und Gestank kaum auszuhalten. Im Heim eines Strassenbauunternehmens fand die Kontrolle total verwahrloste Räume vor, Toiletten, die vor Schmutz überhaupt nicht mehr benutzbar waren «und ähnliche Erscheinungen». Die fragliche Firma hat seit drei Jahren keinen einzigen Rappen zur Instandhaltung des Heimes aufgewendet. In den Arbeiterwohnungen eines Schweinezuchtbetriebes sahen die Kontrolleure zahlreiche Ratten herumlaufen. In andern Quartieren hätten «ähnliche Zustände geherrscht».